



MAI/JUNI 2010 · NR. 26

ANTIBERLINER

2 | Rote Karte

Gesetzesentwurf zur
Vorratsdatenspeicherung gekippt

4 | Abstiegskampf

Das schwere Erbe der Apartheid im
WM-Gastgeberland Südafrika

6 | Abseitsstellung

Die Lebenssituation Erwerbsloser
wird immer prekärer

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Königsplatz 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 611 62 49
Uz.: 100 500 00 / Kto.-Nr.: 0670017787



In eigener Sache

Der Antiberliner ist eine Zeitung für linke Politik und Kultur, die fünf Mal im Jahr erscheint und kostenlos in Berlin verteilt wird. Ihren

Namen hat sie vom ehemaligen Berliner CDU-Bürgermeister Eberhard Diepgen, der die Kreuzberger und weitere anständige Bewohner dieser Stadt als »Antiberliner« bezeichnete, nachdem sie am 1. Mai 1987 nachdrücklich darauf bestanden hatten, den Tag der Arbeiter ohne Polizei zu feiern. Feiern finden wir natürlich duft!

Und so steigt unsere **nächste Party** am **12.6.2010 ab 23 Uhr**

im **Rauchhaus** (Mariannenplatz 1a). Sofern ihr keine Staatsbüttel seid, dürft ihr Euch herzlich eingeladen fühlen. Wo es gerade um die Feierei geht wollen wir auch dem Kiezbingo im S036 noch einmal danken. Es hat wirklich Spaß gemacht!

Und weil es so schön ist, eben diesen auch mal zu verderben, behandeln wir in der aktuellen Ausgabe, anlässlich der bevorstehenden Fußball-WM, in erster Linie die Verhältnisse im Gastgeberland Südafrika. Zwei Gastbeiträge gibt es außerdem über das frühzeitige Ausscheiden des ersten Gesetzesentwurfs zur Vorratsdatenspeicherung und die Absichtsstellung von Erwerbslosen in der BRD.

Zugleich wurde auf die **Kriminalstatistik** verwiesen, wonach die Aufklärungsquote bei Internetstraftaten mit rund 80 Prozent generell sehr hoch, mit der Einführung der VDS aber nicht gestiegen sei. Gleichzeitig jedoch wurde die VDS ausdrücklich als unverzichtbares Mittel der Strafverfolgung für rechtmäßig erklärt, allerdings unter anderen Voraussetzungen. So dürfen die Daten laut BVG nur dezentral bei den einzelnen Providern und nicht zentral bei staatlichen Stellen gespeichert werden. Auch der routinemäßigen Auswertung der sehr unüber-

die aufgerufenen Internetseiten, beim Versand von E-Mails die IP-Adresse der Absender, alle involvierten E-Mail-Adressen, sowie der Zeitpunkt des Versands, beim Abrufen der Mails die eigene IP-Adresse sowie wiederum alle involvierten Adressen. Dieser Aufwand wurde bei allen Teilnehmern veranstaltet, ohne dass ein Anfangsverdacht vorliegen musste. Aus den Daten konnten Strafverfolgungsbehörden auf Verbindungen zwischen Personen schließen, auch wenn die Kommunikation bereits mehrere Monate alt war.

Ende der Vorratsdatenspeicherung?

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) hat die Vorratsdatenspeicherung (VDS) am 2. März 2010 gekippt: Die massenhafte Speicherung sei ein tiefer Eingriff in die Privatsphäre aller Bürger und schaffe ein »diffuses Gefühl des Beobachtet-Seins«.

Von Tanja Weinkauf

sichtlichen Daten haben die Richter einen Riegel vorgeschoben. Bei konkretem Verdacht jedoch sei die Nutzung dieser Daten rechtmäßig. Die Speicherdauer von sechs Monaten sei die absolute Höchstgrenze. Die Vorratsdatenspeicherung wurde auf Grundlage einer EU-Richtlinie umgesetzt, gleichzeitig plant die Europäische Union momentan die Speicherung der Flugdaten für dreizehn Jahre. Es bleibt abzuwarten, welche Speicherdauer am Ende dabei herauskommen wird.

Die am 1. Januar 2008 eingeführte VDS verpflichtete die Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen zur Speicherung aller Verkehrsdaten für sechs Monate. Dabei wurden bei Mobiltelefonen der Standort (Funkzelle), die angerufene und die anrufende Nummer, die IMEI-Nummer (eindeutige Seriennummer des Handys) und die Uhrzeit des Gesprächs gespeichert. Bei Festnetztelefonen und dem Versand von SMS galt das Gleiche. Bei Internetverbindungen sollte die IP-Adresse gespeichert werden, jedoch nicht

Die gespeicherten Vorratsdaten müssen nun mit sofortiger Wirkung gelöscht werden, jedoch gibt es Hinweise, dass Strafverfolgungsbehörden sie weiter nutzen. Auch prüft niemand, ob bei den über 1000 Anbietern tatsächlich gelöscht wurde. Die Interessenlage ist jedoch vorteilhaft für den Datenschutz: Die Anbieter mussten die Informationen auf eigene Kosten speichern. Da die Hardware aber Kosten verursacht, dürften sie die meisten Anbieter bereits gelöscht haben.

Hier zeigt sich das grundsätzliche Dilemma: Je mehr Informationen in irgendwelchen Datenbanken gespeichert sind, desto wahrscheinlicher ist es, dass irgendjemand – seien es staatliche Stellen oder Privatpersonen – diese früher oder später missbräuchlich verwenden. Erinnert sei an die Spitzelaffäre bei der Telekom, bei der Manager Daten für eigene »Recherchen« benutzt haben, sowie die vielen anderen »Datenskandale« bei Behörden und Unternehmen. Auf der einen Seite appelliert die Bundesregierung an die Leute, ihre Daten zu schützen (Stichwort: Google-

impressum

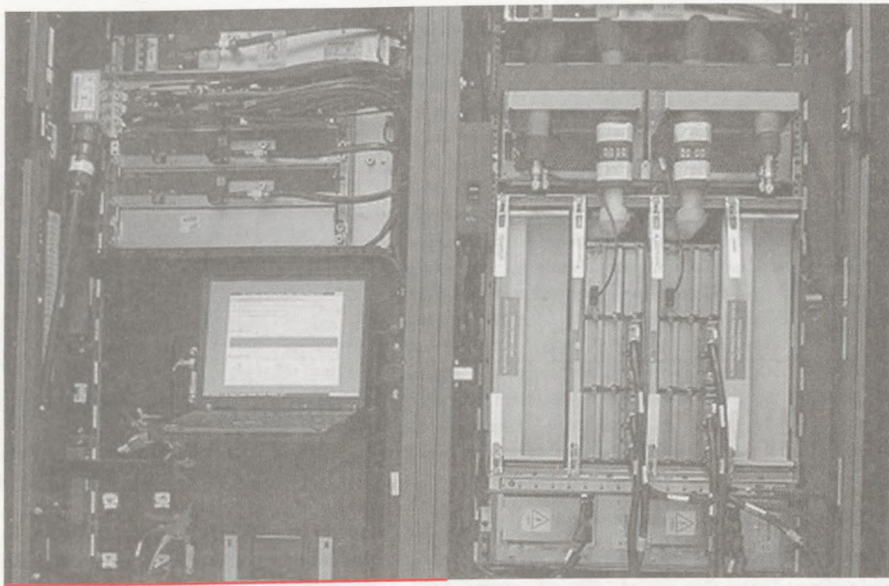
V.i.S.d.P.: Eberhard Diepgen
Fasanenweg 20
16547 Berlin

Redaktionskontakt:
[e] antiberliner@web.de
[i] www.antiberliner.de

UnterstützerInnen:
Antifaschistische Linke Berlin

Namentlich gekennzeichnete
Artikel spiegeln nicht
unbedingt die Position des
Redaktionskollektives wider.





Street-View), auf der anderen Seite macht sie den Missbrauch durch die Schaffung immer neuer Datensammlungen erst möglich.

Die ELENA-Datei beispielsweise speichert seit Anfang 2010 alle Arbeitnehmerdaten für die Nutzung durch die Agentur für Arbeit und weitere Stellen. Dabei handelt es sich ebenfalls um eine Vorratsdatenspeicherung, nur eben für Angaben über Arbeitsverhältnisse. Ursprünglich sollten die angefallenen Streiktage mit in die Datenbank aufgenommen werden, nach Protesten von Datenschützern wurde zumindest diese Information herausgenommen. Weitere Beispiele wären in diesem Zusammenhang die Speicherung von KFZ-Kennzeichen, die Kontoverbindungsdaten SWIFT sowie Fluggastdaten, die nach Ansicht von Überwachungsbeurteilern gespeichert werden sollen.

Zusammenfassend heißt das: Der Staat speichert präventiv von allen Menschen riesige Datenmengen um sie bei Bedarf zu einem späteren Zeitpunkt auszuwerten. Dabei wird die Unschuldsvermutung aufgehoben: Auch wenn jemand nicht unter Verdacht steht, wer-

den eine Fülle von Informationen gespeichert. Es gibt ein massives Interesse, das Internet kommerziell zu verwerten und dabei die freiheitlichen Möglichkeiten, die es bietet, zu unterbinden. »Terrorismusbekämpfung« ist die Legitimation für die Überwachung aller.

Die Informationelle Selbstbestimmung leidet massiv unter jeder Form von Vorratsdatenspeicherung. So wird jeder Anruf bei Hilfsorganisationen, bei Anwälten und Ärzten protokolliert. Es lassen sich Rückschlüsse auf Krankheiten, sexuelle Orientierung, politische Einstellungen und auf die Lebenssituation im Allgemeinen ziehen. Bewegungsprofile von Handys sind besonders problematisch. Pressefreiheit, Anwalts- und Arztgeheimnis stehen auf dem Spiel. Mit seinem Urteil hat das BVerfG den vorliegenden Entwurf der VDS aufgehoben. Die EU-Richtlinie verpflichtet Deutschland jedoch zur Wiedereinführung eines Gesetzes zur Vorratsdatenspeicherung. Andere Länder wie Schweden verweigern sich der Richtlinie, in Deutschland wird die Neufassung derzeit diskutiert. ★

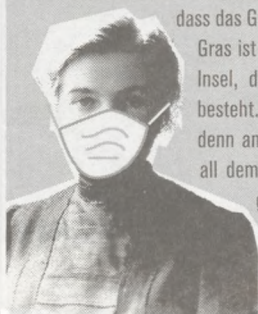
Tips und Tricks I

Schützt eure Privatsphäre im Internet: Dazu könnt ihr etwa das Programm TOR benutzen (www.vidalia.org). TOR verschleiert die Verbindungsdaten und ermöglicht dadurch anonymes surfen. TOR kann auch dazu verwendet werden, um eine Verbindung zu Nachrichtenseiten oder Instant-Messaging-Services herzustellen, die von staatlichen Stellen gesperrt wurden. Weiterhin könnt ihr eure Emails mit Programmen wie z.B. GnuPG (www.gnupg.org) verschlüsseln und Email Accounts aus dem Ausland benutzen. Ausländische Email-Anbieter entziehen sich nämlich bisher dem Zugriff deutscher Strafverfolgungsbehörden und geben je nach Land kaum bis keine Informationen heraus. Auch Mobiltelefone und Prepaid-Karten können sich ohne Schwierigkeiten anonym registrieren lassen. Und wenn ihr euer Handy nicht unbedingt braucht, lasst es einfach mal zu Hause liegen. Seid euch bewusst wann und wo ihr welche Datenspur hinterlasst. Neben dem Staat sammeln gerade private Unternehmen wie Google, Yahoo, Facebook, Myspace etc. alles was sie in die Finger bekommen.

Tante Käthe: Troll komm raus!

Das Ende ist nah. Fragt sich nur welches, denn schließlich hat die Wurst derer ja zwei. Ähnlich wie die Medaille Seiten. Oder die gespaltene Zunge Enden. Meistens jedenfalls unterscheiden sie sich, ob nun Würste, Medaillen oder Zungenspitzen. Im englischsprachigen Raum ist bekannt, dass das Gras auf der anderen Seite immer grüner ist. Grünes Gras ist fast auch schon die Krönung der Vegetation jener Insel, deren Hauptexportgut nach Fisch aus Erdbeeren besteht. Die werden allesamt in Treibhäusern angebaut, denn an Energie mangelt es nicht. Die wird inmitten von all dem Eis z.B. aus Feuern, die aus der Erde kommen, gewonnen. Erdbeeren erfreuen die meisten Menschen, künden sie doch, jedenfalls laut ihrer natürlichen Wachstumszeit, vom Sommer. Da

nun aber die wenigsten Menschen wissen, dass so viele Erdbeeren von der Insel der Trolle und Fabelwesen kommen, helfen sie dem Ansehen der Insel nicht gerade weiter. Eher könnte anhand der »bad news« der letzten Zeit auf eine mutwillige Reputations-schädigung geschlossen werden: Erst treibt die Isländische Staatsbank die kleinanlegenden Senioren der Welt in den persönlichen Bankrott. Jetzt torpedieren sie von dort auch noch die schöne Erderwärmung mit ihren garstigen Feuerschlotten. Partikel in der Stratosphäre, wenn das mal keine Verschwörung ist. Flugzeuge down. Angie down. Theo mit den Angeschossenen down. Nur Polens Schwulenhasserpräsident war zu früh down. Hat er es verplant oder stecken dennoch SIE dahinter? Wie auch immer, keiner weiß genau was als nächstes kommt. Spiegel-Online lässt offen, ob die Partikel mehr Sonnenstrahlung reflektieren und wir erfrieren, oder mehr Wasser um sich scharen und wir verbrennen. Da ein Ende also offensichtlich unmittelbar bevorsteht bleibt zu hoffen, dass es sich um das dieser Apokalypse-Redaktion handelt. ★



Als »Apartheid« wird das System der institutionalisierten Rassentrennung in Südafrika bezeichnet. Von 1948 bis 1994 galten dort unter der Herrschaft der Buren eine Reihe von Gesetzen, die eine strikte Unterteilung der Bevölkerung in »Weiße«, »Schwarze«, »Farbige« und »Asiaten« vornahm, wobei »Schwarzen« die wenigsten Rechte eingeräumt wurden. Die willkürliche Einstufung erfolgte nach absurden Tests - wie der Entwicklung der Hautfarbe nach einer bestimmten Zeit der Druckbelastung - und hatte erhebliche Auswirkungen

enthielt. Hier zeigt sich der besonders perfide Charakter einer Wirtschaftslogik, die mit Profit als einziger Maxime die ins Apartheitsregime verstrickten Unternehmen jahrelang belohnte.

Zu ihnen zählten insbesondere deutsche Unternehmen, unterstützt von den jeweiligen Bundesregierungen. Viele deutsche Wirtschaftsführer der Nachkriegszeit trafen in Südafrika auf eine Gesinnung, die ihnen aus der Zeit des deutschen Faschismus vertraut war. So entwickelte sich die Achse Bonn-Toronto schnell zu einem tragenden Pfeiler der



Sieg des inzwischen legalisierten ANC bei den Wahlen und damit auch zum offiziellen Ende der Apartheid führen.

Begleitet wurde dies von der Hoffnung auf Veränderung: Die »Freedom Charter«, quasi Geschäftsgrundlage des ANC, war geprägt von sozialistischem Gedankengut. Neben der allgemeinen Freiheit von der Unterdrückung lauten ihre Forderungen beispielsweise Recht auf Arbeit, anständige Unterkunft, Meinungsfreiheit sowie die Teilhabe an den Reichtümern des Landes. Entstanden war sie schon 1995 nach einer inoffiziellen Befragung tausender Townshipbewohner.

Noch 1990 schrieb Mandela aus dem Gefängnis: »Die Verstaatlichung der Minen, Banken und Monopolindustrien ist die Politik des ANC, und es ist unvorstellbar, dass daran etwas geändert oder modifiziert wird.« Daraus lässt sich die Radikalität des ANC und der Anspruch der Bewegung zu dieser Zeit ablesen. Schließlich konzentrierten sich alle Hoffnungen

Apartheid des Geldes

16 Jahre nach dem Ende der Apartheid hat sich Südafrika zum neoliberalen Vorzeigestaat entwickelt, der sogar die Fußballweltmeisterschaft ausrichten darf. Die hoffnungsvolle Aufbruchstimmung, unter deren Vorzeichen das staatliche System der Rassentrennung 1994 abgeschafft wurde, ist breiter Ernüchterung gewichen.

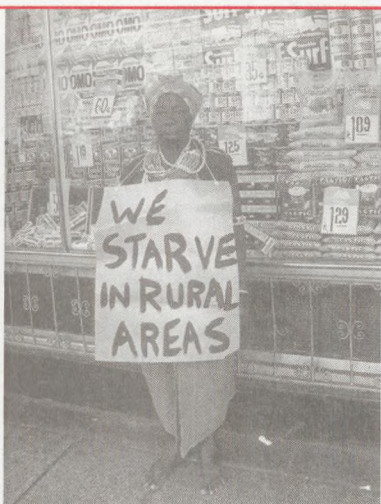
auf das Leben der Menschen. So waren »Mischehen« verboten und 1950 wurde mit dem »Group Areas Act« auch die gesetzliche Trennung der Wohngebiete festgeschrieben. Es entstanden die immer noch bestehenden ghettoartigen »Townships«, zugewiesene Siedlungsflächen der verarmten »schwarzen« Bevölkerung.

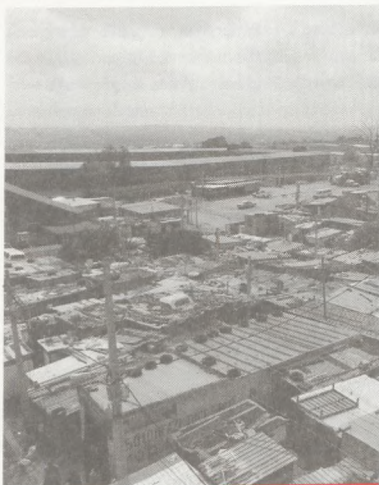
Ziel der Trennung war u.a. die Schaffung einer Schicht von schnell austauschbaren Arbeitern, die in den Fabriken der »Weißen« schuften sollten. Zu diesem Zweck wurde 1953 der »Bantu Education Act« verabschiedet, der die Schulbildung der »Schwarzen« auf ein Leben in der Landwirtschaft oder als Arbeiter ausrichtete und ihnen andere Kenntnisse vor-

südafrikanischen Wirtschaft. Die »Stimme Afrikas« schrieb 1974: »Volkswagen, Audi, BMW und Daimler-Benz sind mit Autos auf südafrikanischen Straßen vertreten, BASF, Bayer, Hoechst und Henkel sind bedeutende Namen in der südafrikanischen chemischen Industrie. Bosch, Siemens, Lurgi, Mannesmann und andere sind Großunternehmen im industriellen Bereich. Die drei Großbanken, Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank und andere haben in Südafrika einen lukrativen Finanzmarkt gefunden.«

Doch gegen dieses System gab es Widerstand. Am meisten Aufsehen erregte der Schüleraufstand von Soweto (South West Township, Johannesburg) im Jahre 1976. Tausende Schüler erhoben sich, als in den Schulen Afrikaans, die Sprache der Buren, als einzige Sprache durchgesetzt werden sollte. Nach der Erschießung eines Jugendlichen kam es zu tagelangen Straßenschlachten, bei denen weitere 1000 Schüler von der Polizei ermordet wurden.

Die größte Widerstandsorganisation war der Afrikanische Nationalkongress (ANC), der schon 1923 als Partei gegründet wurde. Nach dem Verbot 1960 gingen die meisten der Funktionäre in den Untergrund. Dem war das Massaker von Sharpeville vorausgegangen: Bei einer Demonstration gegen die Pflicht der »Schwarzen«, immer einen Pass bei sich zu führen, wurden 69 Teilnehmer von Polizisten erschossen. Daraufhin gründete sich 1961 der bewaffnete Arm der Partei »Umkonto we Sizwe« (Speer der Nation), deren Führer Nelson Mandela 1964 zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. Zunehmender innen- wie außenpolitischer Druck sollte erst 1990 zu seiner Freilassung und schließlich 1994 zum





gen auf die Wahl von 1994. Nach Jahrzehnten der Unterdrückung schienen diese Ziele nach Mandelas Entlassung, der eine große einigende Kraft ausübte, plötzlich in greifbare Nähe gerückt.

Der ANC gewann die Wahl mit großer Mehrheit, doch dann sollte alles ganz anders kommen. Die Führung des ANC konzentrierte sich auf die politische Machtübernahme und unterschätzte die Wirkungsmächtigkeit ökonomischer Entscheidungen. Aus Angst vor einem Bürgerkrieg wurden Zugeständnisse an die alte Elite gemacht und sicher spielte auch der zeitnah erfolgte Zusammenbruch der real-sozialistischen Staaten eine Rolle. Statt der versprochenen Verstaatlichung von Schlüsselindustrien blieben diese also fest in der Hand von vier im Besitz von »Weiß« befindlichen Megakonglomeraten, die auch 80% der Johannesburger Börse beherrschen. Von den dort notierten Unternehmen haben nach wie vor rund 98% »weiße« Geschäftsführer. Ähnlich

sieht es bei der Landverteilung aus: 70% des südafrikanischen Bodens befindet sich immer noch in »weißem« Monopolbesitz. Dabei beträgt der Anteil der »Weiß« nur 10% der Gesamtbevölkerung.

In seinem Artikel in dem neu erschienenen Buch »Südafrika – Die Grenzen der Befreiung« bewertet Dale T. McKinley, unabhängiger Autor und Aktivist aus Johannesburg, die Verabschiedung des »offen neoliberalen makroökonomischen Rahmenprogramms, euphemistisch Growth, Employment and Redistribution (GEAR)-Programm genannt« nach der gewonnenen Wahl von 1994 als klaren Verrat an den Erwartungen der Massenbewegung. Das Programm enthält das Bekenntnis zu einer restriktiven Haushaltspolitik, geringer Unternehmensbesteuerung, Privatisierung, einem flexiblen Arbeitsmarkt sowie exportorientiertem Wachstum und bedingungsloser Integration in den kapitalistischen Weltmarkt. Tatsächlich werden in dem Programm die unsozialen Public-Private-Partnership-Konzepte als am besten geeignet bezeichnet, um Ziele wie Umverteilung, soziale Gerechtigkeit, Wirtschaftswachstum etc. zu erreichen.

Weiterhin stellt er fest, dass der ANC begonnen hat die Strukturen des Landes kontrollierbarer zu ordnen, indem die Fülle von Community-Organisationen und progressiven Gewerkschaften, einst das Rückgrat des ANC, aufgefordert wurde, sich in dessen Strukturen einzugliedern. Auch das Verhältnis zu den politischen Partnern, dem Gewerkschaftsbündnis COSATU und der kommunistischen Partei SACP, mit denen der ANC eine Dreierallianz bildete, wurde formalisiert. Offiziell wurde nun die neoliberale Mär vertreten, nach der der Reichtum einiger schließlich den Wohlstand aller nähren sollte.

Wie kein zweiter steht Thabo Mbeki, Präsident nach Mandela, für die neoliberale Entwicklung in Südafrika. Innerhalb des ANC auch als »Tutor für den freien Markt« beschrieben, tat er alles für den Erhalt ausländischer Investitionen und guter Ratings um an günstige Kredite zu kommen. All dies, so die Logik, gäbe es nur bei marktfreundlichem Verhalten. Kleinste Anzeichen von »Radikalität« führten tatsächlich zu Kurssprüngen der südafrikanischen Währung Rand. So überzeugte Mbeki schließlich auch Mandela von der Notwendigkeit einer radikalen Marktreform von oben, die den Markt gnädig stimmen sollte. In diesem Zusammenhang gab es zwar eine Wahrheits- und Versöhnungskommission, ihr Vorschlag nach Schadenersatzforderungen an profitierende Unternehmen wurde jedoch von Mbeki abgelehnt. Stattdessen leidet das Land weiterhin an der Schuldenlast aus der Zeit der Apartheid. Hier zeigt sich, wie wenig Einfluss die immer wieder als vorbildlich für die post-diktatorische Geschichtsaufarbeitung dargestellte Kommission in der Praxis hat.

Neben dem Neoliberalismus gibt es weitere, unbelebte Missstände, die den Entscheidungen nach der Wahl 1994 zu Grunde liegen. Einer davon ist der von Mbeki offensiv vertretene Nationalismus, der sich weiterhin auf die konstruierten »Rassezugehörigkeiten« bezieht, wie sie von den Unterdrückern eingeführt wurden. So sollte die »Ära der Versöhnung«, wie die Zeit nach der gewonnenen Wahl genannt wurde, schon nach drei Jahren durch die »Ära der gesellschaftlichen Transformation« abgelöst werden. Auf dem Gebiet der Wirtschaft sollten Instrumente wie »Black Economic Empowerment«, positive Diskriminierung und Übergabe von Land an »Schwarze« eingesetzt und der Erfolg an rassistischen Quoten bemessen werden. So wurde das Konzept der »Rasse« unhinterfragt übernommen.

Der Erfolg dieser Strategie liegt somit ausschließlich in der Schaffung einer kleinen schwarzen Mittelschicht. Diese wiederum trägt zur Verschärfung der ökonomischen Spannungen in den Townships bei. Neben dem weiterhin propagierten Denken in rassistischen Kategorien sind deshalb auch ökonomische und soziale Faktoren verantwortlich für die jüngsten Ausschreitungen im Land.

Mbeki wurde 2007 abgewählt. Sein Nachfolger und bis heute Präsident Südafrikas ist Jacob Zuma, der allerdings bereits 2005 wegen Korruptionsvorwürfen als Vizepräsident entlassen worden war. Internationale Aufmerksamkeit erregte dieser auch, als er im Laufe eines gegen ihn geführten Vergewaltigungsverfahren erklärte, sich gegen HIV mit einer Dusche nach dem Geschlechtsverkehr zu schützen. Dennoch wird ihm nachgesagt, eine lebendige Brücke zwischen den verschiedenen Fraktionen des ANC zu sein. Der Raum für Diskussionen wurde zumindest wieder ein Stück weit geöffnet. ★



Tips und Trix II

Die Antifaschistische Linke Berlin hat pünktlich zum 1. Mai 2010 ein Handbuch für eine möglichst durchdachte antifaschistische Praxis herausgebracht. In dem Buch werden wesentliche Bereiche antifaschistischer, ausserparlamentarischer Praxis – wie Öffentlichkeits- und Bündnisarbeit, Antirepressionsarbeit und politische Kampagnen – vorgestellt und Hinweise für konkrete Ansätze gegeben. Das Handbuch soll eine Unterstützung der eigenen politischen Arbeit sein oder aber das organisierte Starten einer eigenen Gruppe erleichtern. Es ist im »Red Stuff Laden« in der Waldemarstr. 110 in Berlin erhältlich.

Gedenken an Dieter Eich

Am 25. Mai 2000 drangen vier Neonazis in die Wohnung von Dieter Eich ein und ermordeten ihn, weil er in ihren Augen ein »Assi« war. Dieter Eich hatte Sozialhilfe bezogen. Zehn Jahre nach dem sozialdarwinistischen Mord findet am 23. Mai 2010, 14 Uhr eine Gegendemonstration am S-Bhf. Berlin-Buch statt. Sie richtet sich gegen ein gesellschaftliches Klima, in dem der Wert eines Menschen nur an seiner (Lohn)Arbeitskraft gemessen wird sowie gegen Neonazis, die ihre Morde in der Regel als konsequente Umsetzung des Mehrheitswillens sehen.

www.niemand-ist-vergessen.de

Die Gleichsetzung von Hartz IV-Beziehern und römischer Oberschicht lässt tief in seine wahnverzerzte Vorstellungswelt blicken. In ihr veranstalten Arbeitslose Orgien im Stil der römischen Patrizier, speisen zum Frühstück Austern und Kammuscheln und lassen sich dazu Wein aus der Karaffe servieren. Im Extremfall ist genau das die ideologische Munition

Und weil es nur verständlich ist, Arbeiten zu verweigern, für ein Gehalt, das nicht viel höher ist als das ALG2, soll nun das Problem auf den Kopf gestellt werden. Das Resultat wird jedoch nicht nur die zunehmende Verarmung der Sozialhilfe-Empfänger sein, sondern auch ein abermaliges Absinken des Lohnniveaus in der BRD. Eine berechtigte Frage an die Leistungsideo-

»spätrömische Dekadenz«

»Es gibt keinen Wohlstand ohne Anstrengung und Leistung«, ließ Guido Westerwelle Anfang Februar verlautbaren, und »Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein.« Der deutsche Außenminister bediente sich in der Diskussion um die Höhe der Hartz IV-Sätze weit verbreiteter Ressentiments gegen Erwerbslose.

für diejenigen, die sich dazu berufen fühlen, die Gesellschaft von »Sozialschmarotzern« zu befreien und »Asoziale« zusammenzuschlagen oder zu töten. In den 90er Jahren zählte die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe 107 Morde an Obdachlosen, die Dunkelziffer liegt mit Sicherheit höher. Und derartige Gewalttaten finden auch gegenwärtig ihren tödlichen Ausdruck. Erst Ende März 2010 wurde ein Berliner Student zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er im August 2009 einen Obdachlosen in seine Wohnung lockte und ihn dort mit einer Axt erschlug.

Der aktuellen Heitmeyer-Studie zufolge scheint die staatliche Saat der In-Konkurrenz-Setzung von Arbeitenden und Nichtarbeitenden immer weiter aufzugehen. Demnach empören sich inzwischen 47% der Deutschen über angeblich faule Langzeitarbeitslose. Westerwelles Forderung nach einer massiven Absenkung der Hartz IV-Sätze, um den Einkommensabstand zwischen Löhnen und Sozialleistungen zu gewähren, kann also auf breite Zustimmung setzen. Und so ist es nur konsequent, dass bis Ende des Jahres die Verringerung des Hartz IV-Basisatzes geplant ist.

Dabei ist die Annäherung von Sozialhilfe und Gehältern weniger den zu hohen Sätzen für Erwerbslose geschuldet, als vielmehr dem sinkenden Lohnniveau.

logien wäre auch, in welche Arbeit die Millionen von Erwerbslosen hierzulande gezwängt werden sollen. Dank fortschreitender Technisierung ist ein Großteil der produktiven Tätigkeiten überflüssig geworden, die früher unter Schweiß verrichtet werden mussten. Darum zerbrechen sich Politiker quer durch die Parteien den Kopf, wie den nun Überflüssigen wenigstens in irgendeiner Form »Nützlichkeit« abgerungen werden kann. Henner Schmidt von der Berliner FDP schlug im Dezember 2008 beispielsweise vor, Erwerbslose zum Fangen von Ratten einzusetzen. Und Grünen-Politikerin Claudia Hämmerling will Hartz IV-Empfänger etwa beim Aufsammeln von Hundehaufen sehen.

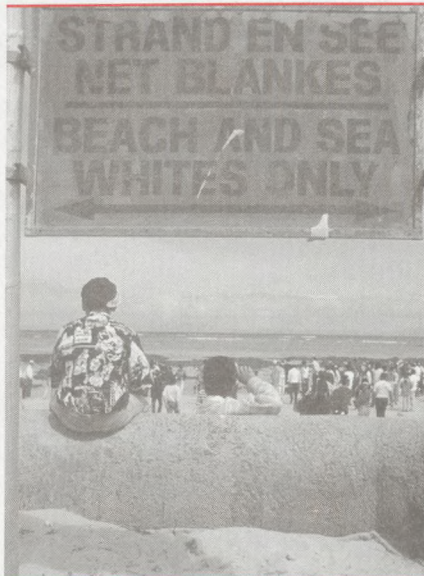
Jede Beschäftigung, so sinnlos und erniedrigend sie auch sein mag, scheint den Eliten recht, um das Hamsterrad aus Arbeitswilligkeit und Selbstkonditionierung innerhalb der Bevölkerung am Laufen zu halten. Die Erwerbslosen müssen beschäftigt werden, damit sie weiterhin als Arbeiter-Reservearmee bereitstehen und sich niemand fragt, warum die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit und der gemeinsam produzierte Reichtum nicht gleichberechtigt verteilt werden.

Wenigstens in diesem Zusammenhang traf Westerwelle den Nagel auf den Kopf und geißelte die Kritik am Arbeitswahn als »geistigen Sozialismus«.



Zwei von Blanches Angestellten sollen ihn auf seiner Farm im Nordwesten Südafrikas erschlagen haben. Das Motiv für den Mord ist noch immer unklar. Es wird angenommen, dass es um ausstehende Löhne oder sogar um Misshandlungen seiner dunkelhäutigen Angestellten geht. Beides ist bis heute Alltag auf den Farmen der »weißen« Afrikaaner, die noch immer den Großteil des Landbesitzes inne haben.

Die oft als »Buren« bezeichneten Afrikaaner sind Nachfahren jener Niederländer, die im heutigen Kapstadt 1652 eine Anlaufstelle für europäische Seefahrer errichteten und seither immer mehr Land im Süden Afrikas kolonisierten. Als Großbritannien Anfang des 19. Jahrhunderts die Kolonie übernahm, brachte das Weltreich die Afrikaaner schnell gegen sich auf. Denn in London wurde 1828 ein Gesetz verabschiedet, das rassistische Erlasse aufhob und es den »schwarzen« Landarbeitern sogar ermöglichte, juristisch gegen Misshandlungen ihrer »weißen« Herren vorzugehen. Sechs Jahre später verboten die Briten



Hauptsache »weiß«

Anfang April ging die Nachricht vom gewaltsamen Tod Eugene Terre Blanches um die Welt. Er war der Führer der rassistischen Afrikaaner Weerstandsbewegung (AWB). Zu seiner Beerdigung kamen tausende Gefolgsleute, die ihm zum Teil mit »Hitler-Gruß« die letzte Ehre erwiesen. Sie wollen zurück in das alte Südafrika, zurück in den Apartheidsstaat.

zudem die Sklaverei, was 1835 zu einer Rebellion der Afrikaaner führte.

Tausende zogen im »Great Trek« aus dem Kolonialgebiet Großbritanniens und kolonisierten den Boden weiterer Stämme im Landesinneren, in einer Hand das Gewehr, in der anderen die Bibel. Mitte des 19. Jahrhunderts hatten sie sich genug Land angeeignet, um die Buren-Republiken ausrufen zu können. Bald wurde dort jedoch Gold gefunden, was wieder einmal die Briten auf den Plan rief. So kam es 1899 zum Krieg zwischen Afrikaanern und Briten, den letztgenannte nach drei Jahren für sich entschieden.

Der Hass auf Großbritannien und der Glaube an die »weiße Rasse« und deren Überlegenheit ließen viele Afrikaaner in den 1930er und 1940er Jahren zu Unterstützern Nazi-Deutschlands werden. Nach der Unabhängigkeit Südafrikas vom britischen Weltreich und der Machtübernahme der Afrikaaner-Parteien im Jahre 1948 war das Land deshalb ein attraktives Fluchtziel für gesuchte Nazi-Verbrecher. Um so mehr, als die Buren einen Staat errichteten, der die sowieso schon existierende Diskriminierung der »schwarzen« Mehrheit in rassistische Gesetze goss und die Apartheid in jeden Winkel des Alltags trieb.

Die »Niederländische Reformierte Kirche«, die schon eine der Hauptstützen bei der Geburt des Afrikaaner-Nationalismus war, rechtfertigte dies über Jahrzehnte durch ihre eigenwilligen Auslegungen der Bibel. Doch der internationale Druck, die ökonomischen Probleme und der Widerstand der unterdrück-



ten Massen nahmen zu, sodass sich die Afrikaaner unter Führung ihres Präsidenten F. W. De Klerk schließlich zu Verhandlungen bereit erklärten. 1994 folgten das Ende des Apartheidsstaates und die ersten freien Wahlen, welche die »schwarze« Widerstandsorganisation Afrikanischer Nationalkongress (ANC) für sich entscheiden konnte.

Einige Afrikaaner versuchten diese Ereignisse gewaltsam zu verhindern. Andere kauften sich gemeinsam Land und bildeten »weiße« Enklaven wie Orania, wo heute etwa 1.500 Buren leben und arbeiten. Die Mehrzahl der Afrikaaner fand sich jedoch schnell damit ab, die politische Vorherrschaft zu verlieren, dafür aber weiterhin die ökonomischen Schlüsselpositionen inne zu haben. Denn darüber vermittelt haben die »weißen« Südafrikaner bis heute einen immensen Einfluss auf die Geschehnisse des Landes. ★

Daimler verklagt

Wenn in diesem Sommer die Fußball-WM stattfindet und die überwiegende Mehrheit der Fußballfans in Südafrika nicht einmal ansatzweise das Geld für eine Eintrittskarte hat, kann der Mercedes-Stern auf der Brust der deutschen Spieler nur als Provokation verstanden werden. Der Hauptsponsor des DFB-Teams war einer der größten Profiteure des Apartheid-Regimes. Durch die Belieferung von Polizei und Militär mit Fahrzeugen und Maschinen unterstützte das Unternehmen schwere Menschenrechtsverletzungen. Aktuell läuft deshalb ein Verfahren gegen den Konzern vor einem US-amerikanischen Gericht. Medico International begleitet die Klage mit der Kampagne »The Star of Apartheid«, die über die Zusammenhänge aufklären will. Auf der Website medico.de finden sich weitere Informationen zur Kampagne, sowie eine Unterschriftenliste.

Verklagt wird auch das Unternehmen Rheinmetall, das weltweit deutsche Waffentechnologien verbreitet. Beide Konzerne streiten derzeit vor US-amerikanischen Gerichten gegen die Zulässigkeit einer Klage von Opferorganisationen, die 2009 erstmalig angenommen wurde. Eine Entscheidung zu der ausstehenden Frage, ob Unternehmen überhaupt gegen Völkerrecht verstoßen können, wird Mitte dieses Jahres erwartet, pünktlich zum Start der WM.



Südafrika -

Die Grenzen der Befreiung.

Das im Assoziation A Verlag neu erschienene Buch vereint 18 Artikel, die sich mit der gegenwärtigen Situation in Südafrika beschäftigen. Die Themen erstrecken sich von einer politischen Einschätzung des ANC und der Landlosenbewegung über die Grundversorgung und Frauenrechte bis zur WM und Fragen der »Whiteness« nach dem Ende der Apartheid. Thema sind auch die xenophoben Ausbrüche der jüngeren Vergangenheit. Interessant ist der Anspruch, den die Herausgeber Ambacher und Khan an das Buch gestellt haben. So kommt die Mehrheit der Autoren aus Südafrika und hat meist direkten Kontakt zu den sozialen Bewegungen vor Ort. Einige Protagonisten kommen auch in Form von Interviews zu Wort.

Deutsches Kapital am Kap

Mit dem Untertitel »Kollaboration mit dem Apartheidregime« ist dieses Buch schon 2003 im Nautilus Verlag erschienen. Es bietet Einblicke in die Machenschaften deutscher Unternehmen, die vom Apartheids-Regime in Südafrika profitiert haben. Dabei kommen auch südafrikanische Gewerkschafter zu Wort, die von den Verhältnissen zu Zeiten der gesetzlichen Rassentrennung berichten. Auch historische Ereignisse, meist aus Sicht der Widerständigen, kommen nicht zu kurz.

»Es ging von Anfang an um das Geschäft der FIFA«



Ende März fand die Premiere des Dokumentarfilms *Im Schatten des Tafelberges* in Berlin statt. Mit dabei waren **Ashraf** und **Mne** von der Anti-Eviction-Campaign. Diese Kampagne aus Kapstadt setzt sich in den Townships gegen Zwangsräumungen und Wassersperrungen ein. Der Antiberliner sprach mit den beiden Aktivisten.

Südafrika gilt als neoliberaler Musterstaat, wie macht sich das im täglichen Leben bemerkbar?

Privatisierung ist sicher nicht das einzige Problem das daraus resultiert, aber es macht einen ganz großen Teil aus. Hier ist wirklich alles privatisiert: Wohnraum, Bildung, soziale Absicherung und jetzt aktuell auch noch der Sport. Ebenso sind Strom und Wasser privatisiert, die Folge davon ist, dass es diese nur noch gegen Vorkasse gibt.

Wie wehrt ihr euch gegen diese Entwicklungen?

Anfangs haben wir uns, wenn jemand sein Haus verlieren sollte, weil kein Geld mehr für das Wasser da war, auch physisch dagegen gewehrt. Allerdings hat dies zu vielen Verletzten und zu starker Kriminalisierung geführt. Denn das Vorgehen der Polizei ist äußerst brutal, schließlich ist auch diese privatisiert und handelt entsprechend im Interesse einzelner Parteien.

Jetzt versuchen wir sicherzustellen, dass so etwas nicht mehr passiert, indem die Community den Menschen Schutz bietet und wir direkt mit den Verantwortlichen sprechen. Wir suchen den direkten Kontakt, denn wir wollen nicht, dass andere über uns sprechen, sie sollen mit uns sprechen. Der Weg über die formale Politik, über Wahlen ist für uns fast unmöglich – no land, no house, no vote, das heißt, wer keine anerkannte Adresse hat, darf gar nicht erst wählen gehen.

Welche Auswirkungen hat die Fußballweltmeisterschaft auf diese Probleme?

2005 machte die FIFA mit den Bürgermeistern der drei größten Städte die Verträge für die WM. Für

sie war es jedoch nur wichtig ihre eigenen Interessen zu wahren. Die Interessen der Menschen auf dem Land und in den Townships spielten dabei keine Rolle. Es ging dabei von Anfang an nicht um die Unterstützung der Bevölkerung, sondern um neugebaute Luxusapartements, schicke Läden und das eigene Geschäft der FIFA. Besonders gravierend zeigt sich dies z.B. für viele Menschen durch die Verteuerung der Zugpreise. Bisher war Bahn fahren billig und für viele die einzige Möglichkeit in die Städte zu kommen. Die Preise sind nun um 47% angestiegen. Viele Menschen können sich das jetzt nicht mehr leisten.

Es wird einen Poor People's Worldcup geben. Was können wir uns darunter vorstellen?

An der kommerziellen Form der WM können arme Menschen nicht teilnehmen, aber um Gemeinschaften zu bilden, spielt Fußball eine wichtige Rolle. Lange sind wir davon ausgegangen, dass Sport für uns nicht so relevant ist, aber der Sport wird politisch genutzt, um Menschen zu manipulieren, um Geld zu machen. Daher ist der Sport für uns jetzt auch ein Ansatzpunkt geworden. Bei dem Poor People's Worldcup sollen Teams aus jeder Community mitspielen können. Dieser Turnier wird von vielen Menschen zusammen organisiert. Wir wollen mit unserem Cup auch dazu beitragen, dass die Menschen sehen, welche Absichten und Mechanismen hinter der WM stehen und wie Privatisierung im Sport funktioniert. Schließlich hilft uns das auch im Kampf auf anderen Feldern weiter.

www.antieviction.org.za



Gedankensprünge

